

An den Presse-Verteiler

Fraktionsvorsitzender:
Christoph BratmannÖffentlichkeitsarbeit:
Robin Koppelman

Fon: 0531 – 470 21 11

Fax: 0531 – 470 29 74

Mail: spd.fraktion@braunschweig.de**PRESSEMITTEILUNG (10/2020)**

Erscheinungsdatum: 18. März 2020

**SPD-Ratsfraktion unterstützt den Aufbau einer Antidiskriminierungsstelle in Braunschweig –
Bader: „Gesellschaftliche Spaltung kann nur gemeinsam überwunden werden“**

Die SPD-Ratsfraktion unterstützt den Aufbau einer Antidiskriminierungsstelle in Braunschweig. Ein entsprechender, interfraktioneller Antrag soll am Dienstag, 24. März im Rat der Stadt verabschiedet werden: „Gesellschaftliche Spaltung kann nur gemeinsam überwunden werden“, betont Nils Bader, integrationspolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion hierzu. „Mit der Antidiskriminierungsstelle wollen wir einen breit aufgestellten Anlaufpunkt für all diejenigen in Braunschweig schaffen, die etwa durch Rassismus, oder aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder ihres Geschlechts benachteiligt oder sogar geschädigt werden. Diese Menschen brauchen unbürokratische Hilfe, wie sie sich gegen solche Formen der Diskriminierung zur Wehr setzen können.“

Bereits am 28. November 2019 fand zum Thema „Antidiskriminierungsarbeit in der Stadt Braunschweig“ ein Workshop statt. Die hieraus folgenden Ergebnisse sollen nun als Grundlage dazu dienen, die Antidiskriminierungsstelle aufzubauen. „Zum Aufgabengebiet dieser Stelle soll neben Begleitung und Beratung auch die Vernetzung der bestehenden Träger sowie natürlich die Präventionsarbeit gehören“, erklärt Bader. Die entsprechenden Akteure in der Stadt sind hierzu einzubinden, der Prozess soll zielführend und mit externer Moderation erfolgen. Finanzmittel werden bereits zum Haushalt 2021 eingestellt, womit auch eine nötige Verbindlichkeit gegeben ist.

„Spätestens die schockierenden Ereignisse von Halle und Hanau und dazu die generell gestiegene Zahl an politisch motivierten Straftaten haben mehr als verdeutlicht, dass die Politik reagieren muss – auch bereits auf kommunaler Ebene. Wir brauchen Angebote vor Ort – zum Schutz der Opfer und als Mittel gegen diese traurige Entwicklung“, betont Bader.